

## Statement

---

### **Reiner Hoffmann**

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

---

### **Jahrespressekonferenz**

Berlin, 9. Februar 2022

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für viele Beschäftigte in Deutschland – und selbstverständlich auch für Sie Journalistinnen und Journalisten – ist das Arbeiten unter Pandemiebedingungen Alltag geworden. In Verwaltungen und Betrieben hat sich über die letzten zwei Jahre eine gewisse Routine eingespielt. Gesundheits- und Arbeitsschutz haben dabei geholfen, die Ausbreitung unter Beschäftigten zu begrenzen. Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte haben dazu beigetragen, die Maßnahmen praxisnah und somit effizient zu gestalten.

Und es bleibt dabei: Impfen schützt die Menschen, einen selbst und andere. Impfen ist ein Gebot der Solidarität und ist der beste Weg aus der Pandemie. Als Gewerkschaften werden wir weiter dafür werben. Und: 3G in der Arbeitswelt muss weiterhin gelten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch durch ein schnelles Handeln der Regierung sowie der Tarif- und Sozialpartner – das in einer solchen Krisensituation natürlich nie fehlerfrei sein kann – sind wir relativ gut durch die extrem schwierige und anspruchsvolle Situation gekommen.

Die Forderungen der Gewerkschaften – wie die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, die Verlängerung der Kinderkrankentage sowie unbürokratische Unterstützungen für Solo-Selbständige, zahlreiche Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen – waren und sind wichtige Bausteine für mehr Sicherheit und Stabilität. Aber die Pandemie ist – leider – noch immer nicht überwunden. Deswegen muss die Bundesregierung wichtige Maßnahmen erneut verlängern. Das gilt für die Arbeitsschutzverordnung ebenso wie für das Kurzarbeitergeld, Akuthilfe für Pflegende von nahen Angehörigen und die erweiterte Kinderkrankengeldregelung.

Die Corona-Krise hat klar gezeigt: Ein starker Sozialstaat, funktionierende Tarif- und Sozialpartnerschaften sowie eine moderne Industrie sind die Grundlage, um in Krisenzeiten den Menschen Sicherheit zu bieten.

Aber gleichzeitig geht die Pandemie auch an uns Gewerkschaften nicht spurlos vorbei. Gewerkschaften sind Mitgliederorganisationen. Wir leben vom direkten Austausch mit den Beschäftigten, der Ansprache in den Betrieben und dem Erlebnis, gemeinsam etwas zu bewegen und zu verändern. Das macht unsere Arbeit aus.

Doch mit weniger Gelegenheit zur persönlichen Ansprache und ohne digitales Zugangsrecht war es im vergangenen Jahr deutlich schwieriger, neue Mitglieder zu gewinnen. Hinzu kommen strukturelle und ökonomische Gründe, die sich negativ auf die Mitgliederentwicklung auswirken. Wenn pandemiebedingt Betriebe nur mit halber Kraft laufen oder wochenlang komplett geschlossen sind, kann man nur schlecht neue Mitglieder gewinnen.

Die acht DGB-Gewerkschaften zählten Ende Dezember 2021 5.729.371 Mitglieder und zeichnen damit einen Verlust von rund 2 Prozent. Aber seien Sie sicher, dass wir nicht geneigt sind, uns an schlechte Zahlen zu gewöhnen. Das zeigen auch positive Entwicklungen, die die EVG und GdP zu verzeichnen haben. Neben den demografiebedingten Abgängen haben wir insgesamt rund 273.000 Neueintritte zu verzeichnen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im kommenden Monat starten die Betriebsratswahlen. In mindestens 28.000 Betrieben gilt es, 180.000 Mandate neu zu besetzen. Das ist gelebte Demokratie im Betrieb!

Vor vier Jahren lag die Wahlbeteiligung bei über 76 Prozent. Die Beschäftigten wissen: Betriebsrat wirkt!

So ist in Betrieben mit Betriebsrat das Entgelt höher und die Beschäftigten haben mehr Urlaub. Die Betriebe sind familienfreundlicher und das Gender-Pay-Gap ist deutlich geringer. Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist es schlicht nicht hinnehmbar, wenn jede sechste Betriebsratsgründung mit illegalen Mitteln verhindert wird. Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass die neue Bundesregierung die Behinderung von BR-Wahlen als Offizialdelikt einstufen will.

Behinderung von Betriebsratsarbeit oder Verhinderungen von Betriebsratswahlen sind kein Kavaliersdelikt. In Zukunft wird sich der Staatsanwalt bei den Arbeitgebern melden, die meinen, die Rechte der Beschäftigten mit Füßen treten zu können.

Doch das reicht nicht. Die Arbeitswelt ändert sich rasant. Da kann es doch nicht sein, dass bei der Mitbestimmung der Beschäftigten alles beim Alten bleiben soll. Betriebsräte müssen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Sie brauchen starke Mitbestimmungsrechte bei den Themen Beschäftigungssicherung und Personalplanung und -bemessung, digitale Arbeitsformen und Weiterbildung. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf die anstehende Transformation hin zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft.

Wir müssen die sozial-ökologische Transformation so gestalten, dass der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen Hand in Hand geht mit Wohlstand und guten, sicheren Beschäftigungsperspektiven. Ein gerechter Wandel gelingt nur mit demokratischen Mitbestimmungsrechten und im Interesse der Menschen.

Gute Arbeit, das heißt auch: Arm trotz Arbeit darf es in unserer Gesellschaft nicht länger geben. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € ist richtig. Gute Arbeit heißt aber vor allem tarifgebundene Beschäftigung. Das heißt höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, längerer Urlaub und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Bundesregierung hat erkannt: Die anstehenden Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt können nur gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirksam gestaltet werden. Deshalb müssen die Zusagen im Koalitionsvertrag – wie höhere Tarifbindung und stärkere Mitbestimmung – rasch umgesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die DGB-Gewerkschaften sind Treiber hin zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft. Uns und den Beschäftigten ist klar: Gute Arbeit, ein gutes Leben und eine gesunde Umwelt sind kein Widerspruch, sondern gehören untrennbar zusammen.

Auch unser Mai-Motto spiegelt das wider: „GeMAInsam Zukunft gestalten.“ Und die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen brennen darauf, dass wir am 1. Mai unseren Forderungen unter freiem Himmel auf den Straßen und Plätzen der Republik klar, deutlich und gerne auch laut Nachdruck verleihen.

Auch bei unserem Bundeskongress im Mai wird das Thema Transformation eine zentrale Rolle einnehmen. „Zukunft gestalten wir“ war das Motto unserer neun Bezirkskonferenzen in den letzten Wochen und ist das gemeinsame Motto für den Bundeskongress. Ein Interview von mir vor wenigen Wochen wurde getitelt: „Wir müssen weiblicher und jünger werden.“ In den DGB-Bezirken haben wir geliefert. Von unseren 18 Führungskräften – Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende – sind 12 Kolleginnen in Verantwortung gewählt worden. Und deutlich jünger ist unser Team auch.

Mit der Nominierung von Yasmin Fahimi als meine Nachfolgerin werden die Delegierten unseres Kongresses – da bin ich sicher – zum ersten Mal eine Frau an die Spitze des DGB wählen. Und mit den Anträgen, die die Delegierten beraten, diskutieren und beschließen werden, unterstreichen wir unseren Anspruch: „Zukunft gestalten wir!“.

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist meine letzte Jahrespressekonferenz als Vorsitzender des DGB. Ich möchte die Chance nutzen und mich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren bedanken.

Ihre Arbeit ist unerlässlich, um schlechte Arbeitsbedingungen einer breiten Öffentlichkeit vor Augen zu führen – egal ob sie Beschäftigte in der Fleischindustrie und vielen anderen Branchen oder Näherinnen in Bangladesch betreffen. Gewerkschaften sowie eine kritische und unabhängige Presse bedingen sich und sind Ausdruck einer demokratischen und freien Gesellschaft.

---

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.